

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 199

Montag, den 25. August 1924.

48. Jahrgang

Die Erklärungen vor dem Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. August.

Am Regierungstische Reichkanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Ranitz, Reichswirtschaftsminister Hamm. Der Kommunist Dr. Schwarz befindet sich nicht im Saal.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, der Abg. Dr. Schwarz, den er auf Grund des Art. 28 der Reichsverfassung dem ihm zustehenden Hausrecht ausgeschlossen habe, habe entschieden Einspruch eingereicht. Der Präsident verliest den Wortlaut des Einspruches. Er fügt hinzu, der Einspruch steht zwar nicht auf der Tagesordnung, er bitte aber um das Einverständnis des Hauses, ihn noch auf die Tagesordnung zu setzen und zwar an die zweite Stelle. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Darauf erhält der Reichkanzler Marx das Wort zur Erklärung der Regierung. Sofort setzen wieder die Rufe der Kommunisten ein: „Amnestie, Herr Reichkanzler! Zuchthauskanzler! Der Reichkanzler beginnt trotzdem seine Rede, worauf die Rufe der Kommunisten sofort verstummen.“

Reichkanzler Marx:

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu erlangen. Die Mehrheit des Hauses hat die Erklärung der Regierung gebilligt, daß das Gutachten der Sachverständigen eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage sei. Die schweren Bedenken gegen das Gutachten sind von mir nie verkannt worden. Unsere heutige Beschlußfassung hat eine weitgehende Bedeutung, als jene, die das Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm. Jetzt handelt es sich um tiefgreifende organisatorische Änderungen im Deutschen Reich, die in einem Punkte sogar die Abweichung von den Verfassungsbestimmungen fordern. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, das ganze Material eingehend darzulegen und allen Parteien Rede und Antwort zu geben. Wir rühmen uns nicht eines Erfolgs, den wir in London errungen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, nicht derart war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensoviel erfreulich, wie der Versailler Vertrag. Weder der Versailler Vertrag, noch der Sachverständigenbericht als solcher wird wohl von irgendjemand als eine Wohltat für das deutsche Volk angesehen werden. Unsere Aufgabe bestand nur darin, Widerungen zu erheben, und ich glaube feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in London in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat. Wir haben uns keinen Augenblick besonnen, mit Entschiedenheit und Offenheit die deutschen Bedenken und Anstellungen an den Beschlüssen der Alliierten vorzubringen. Zum ersten Male seit Beendigung des Krieges haben wir als Gleichberechtigte verhandelt. Ein großer Teil unserer Gegenentwürfe wurde als berechtigt anerkannt. Es ist mir ein Bedürfnis auch hier die objektive und unparteiische Leitung der Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten anzuerkennen, und ich lege Wert auf die Feststellung, daß der Erfolg, es sei uns ein Ultimatum gestellt oder ein Diktat vorgelegt, durchaus unbegründet ist. Die Londoner Beschlüsse stellen gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar. Wie dem ganzen deutschen Volk, so lag auch der deutschen Delegation in London die Sorge am Herzen, deutsches Land von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien. Wenn unsere Bemühungen nicht das erstrebte Ergebnis zeitig hätten, so ist es in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß die Parteien in London nach vielen Richtungen hin die Hände gebunden waren und sich Faktoren in den politischen Verhandlungen geltend machten, die sich als stärker erwiesen, als der Verständigungswille der Führer: In erster Linie das Problem der interalliierten Schulden. Auf der Londoner Konferenz hat zum ersten Mal seit Kriegsende wieder ein Geist der Verständigung, der ernsthaften Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft geberrscht. Dieser Geist und dieser Wille haben sich angesichts der immer noch vorhandenen Widerstände noch nicht restlos durchgesetzt. Aber dürfte die deutsche Delegation durch starrs Festschalten am deutschen Rechtsstandpunkt durch eine Alles-oder-Nichts-Politik die offenkundig sich anbahnende Verständigung hindern und durch

Unnachgiebigkeit sich erneut als Störenfried hinstellen lassen? Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel einmütig der Ueberzeugung, daß eine Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Räumungsfrage auf absehbare Zeit nicht eine Besserung der Verhältnisse in dem besetzten Gebiet verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erstrebte erträgliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt würde. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können. Wir haben von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens die bedingungslose Zusage, daß das Ruhrgebiet spätestens am 5. August 1925 geräumt sein wird. Wir erhielten vom Ministerpräsidenten Herriot das Versprechen, daß die Räumung des Ruhrgebietes viel schneller durchgeführt werden soll, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weiter fortgeschritten sei. Zum Beweise einer ehrlichen Ansicht wird Herriot am Tage nach Unterzeichnung des Londoner Paktens den Befehl zur Räumung der Zone Dortmund-Hörde-Lünen geben. In der gleichen Zeit sollen auch die nach dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Ortschaften und Landstrichen rheinaufwärts und rheinabwärts geräumt werden. Dadurch werden rund 900 000 Deutsche sofort von fremder Besatzung frei. Weiter haben wir von Frankreich, Belgien und England die Zusage, daß die Sanftionsgebiete von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort spätestens am Tage der Ruhräumung frei sein werden. Daß die deutsche Regierung die so getroffene Regelung der Räumungsfrage nicht als endgültig ansieht, und es vielmehr als ihre Aufgabe betrachtet, die in Aussicht gestellte schnellere und vollständige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen, ist selbstverständlich und ich hoffe, daß eine befriedigende Regelung der Räumungsfrage vielleicht bald erzielt werden wird, wenn auf Grund der Londoner Beschlüsse eine Regelung des Reparationsproblems und eine Befriedigung Europas eingeleitet ist. Indem ich Ihnen das Gesagte zur Annahme empfehle, möchte ich abschließend einen Gedanken aussprechen, der bei Ihren Entscheidungen eine gebührende Berücksichtigung finden muß. Es ist der Gedanke an die erste Alternative, vor der wir stehen. Welche Folgen haben wir für unsere Politik und unsere heimatische Wirtschaft zu erwarten, wenn die in London erzielte Regelung nicht zur Wirklichkeit wird, oder der gegenwärtige Zustand auf unbestimmte Dauer fortbesteht? Die Umstellung der amerikanischen Politik, die sich unter dem Banner des Dawesgutachtens wieder zur aktiven Mitarbeit an dem europäischen Problem entschlossen hat, droht zu scheitern, wenn das Gutachten selber von einem der Hauptbeteiligten in Europa abgelehnt wird. Auf diese Gefahren hinzuweisen und an alle Parteien die erste Mahnung zu richten, sich der Verantwortung der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, halte ich für meine höchste vaterländische Pflicht. Wer es verantworten zu können glaubt, die Durchführung der Londoner Vereinbarungen zu verhindern, hat die erste heilige Pflicht, einen anderen Weg zu weisen, der unser Volk aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not herausführt und uns die Befreiung des besetzten deutschen Landes sichert. Dieser Weg aber muß gleich beschritten werden können und kurz sein, sonst wird er Deutschland ins Verderben führen, denn eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst die Scheiterung aller Hoffnungen, die das deutsche Volk und insbesondere unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft werden noch immer unter der Kreditnot zu leiden haben, und ob unsere bisher mühsam gehaltene Währung einem neuen Verfall entgegenstreitet, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit aber ist eine sichere Folge. Der furchtbare militärische Druck wird auf den besetzten Gebieten unvermindert weiterlasten. Hunderte gefangener Deutsche, die sich für ihr Vaterland eingesetzt haben, werden weiter in den Gefängnissen schmachten. Vielen Tausenden von Ausgewiesenen wird die Heimat weiter verwehrt bleiben. Die Entschließung des Reichstages wird für Deutschland Segen oder Fluch bedeuten. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richtet ihre Blicke auf uns. Das besetzte Gebiet, dem unsere allerheißesten Wünsche gelten, hat seinen Willen uns kundgetan. Seine Hoffnung ist erwacht, Sie darf nicht betrogen werden.“

Die Rede des Reichkanzlers wird wiederholt durch Gelächter und höhnische Zwischenrufe der Kommunisten und einige Rufe der Deutschnationalen unterbrochen, namentlich an den Stellen, wo von Deutschlands nationaler Würde und von Deutschlands Souveränität die Rede ist. Auch die Rufe: Zuchthauskanzler! wiederholen sich. Der Schluß der Rede ruft

bei der Mehrheit lebhaften Beifall hervor, der von den Kommunisten mit Pfui-Rufen beantwortet wird. Die Deutschnationalen enthalten sich jeglicher Kundgebung.

Als nunmehr Reichsfinanzminister Dr. Luther die Rednertribüne betritt, rufen ihm die Kommunisten zu: „Oberschieber! Da der Minister sich nicht vernehmlich machen kann, ruft er den Kommunisten erregt zu: Ihnen scheint die Wahrheit außerordentlich unangenehm zu sein! Die Zwischenrufe der Kommunisten werden darauf noch lauter. Präsident Wallraf verwahrt die Rufe und erklärt: Das Land hat ein Recht und ebenso der Reichstag, die Ausführungen der Regierung zu hören. Der Abg. Epstein (Komm.) erhält für einen beleidigenden Zuruf einen Ordnungsruf. Endlich kann der Minister beginnen.“

Reichsfinanzminister Dr. Luther:

Ich will vor Ihnen die Tatsachen darlegen, die Sie selbst in den Stand setzen sollen, zu sagen, was wird, wenn die Londoner Abmachungen nicht zugestimmt wird. Unsere Gesamtwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Ein guter Gradmesser für den Zustand des wirtschaftlichen Lebens ist stets die Bewegung der Erwerbslosigkeitsziffern. Seit Juli hat diese erheblich zugenommen, um annähernd 60 Prozent innerhalb zweier Monate, in denen sonst regelmäßig die Erwerbslosenziffern gefallen sind, wegen des erheblichen Bedarfes der Landwirtschaft an Hilfskräften. Im Ruhrgebiet sind jetzt schon rund 80 000 Kohlenarbeiter erwerbslos. Weiter ist bekanntlich der Zustand unserer Handelsbilanz wichtig. In der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 haben wir einen Einfuhrüberschuß von 1600 Millionen Mark gehabt. In der Einfuhr der letzten Zeit ist besonders stark die der Rohstoffe und der Halbfabrikate zurückgegangen. Zurzeit ist das Reich imstande, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Etwas anderes ist aber die Frage, wie sich die Finanzlage bei einer Nichtannahme des Londoner Abkommens gestalten wird. Das Reich hat seit Stabilisierung der Mark seine dringendsten Verpflichtungen erfüllt, allerdings erst, nachdem es durch die Notgesetzgebung des letzten Winters auf einen sehr erheblichen Betrag an sich berechtigter Ansprüche die Zahlungen teils eingestellt, teils ausgesetzt hat. Außerdem hat das Reich für Kursstützung bei der Goldanleihe bis heute rund 750 Millionen Mark ausgegeben. Auf der anderen Seite hat das Reich auch einen erheblichen Betrag einmaliger Einnahmen gehabt, die nicht wiederkehren, wie der Rentenmarktreib von rund 1 Milliarde, den Gewinn von 118 Millionen aus der Prägung von Silbermünzen, ebenso einmalige Steuereinnahmen in erheblichem Umfang, zusammen etwa 330 Millionen Mark. Hierzu kommen die Beträge der Abschlußzahlungen auf die Einkommensteuer für 1922 und 1923 mit ungefähr 175 Millionen Mark. Die ganze Summe von mindestens 1,6 Milliarde, ist bis auf einen kleinen Rest verbraucht. Wir haben also seit der Stabilisierung keineswegs allein von laufenden Einnahmen gelebt. Nun hat seit einigen Monaten im Zusammenhang mit der Not unserer Wirtschaft die Steuerfähigkeit offensichtlich abgenommen. Der Reichsfinanzminister hat zu möglichst weitgehender Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage des Einzelnen aufgefordert. In der Wirtschaft hat sich zum Teil unter Führung der großen Wirtschaftsverbände eine Bewegung entwickelt, die grundsätzlich die Hinausschiebung von Steuerterminen oder allgemeine Nachlässe erstrebt. Es sind sogar Fälle vorgekommen, in denen zum Steuerstreik aufgerufen wurde. Das will ich nur kurz erwähnen, nicht ohne hinzuzufügen, daß gegen solche Erscheinungen selbstverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes eingeschritten wird. Jedenfalls muß man aber aus alledem schließen, daß in der deutschen Bevölkerung durchaus die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine Gesamtsteigerung der Steuerbelastung fehlen.

Die sachlichen Grundlagen für ein langes Durchhalten sind unter den jetzigen Verhältnissen nicht gegeben. Einer erneuten Herabsetzung der Beamtengehälter und der sozialen Unterstützungsbeträge stehen die schwersten Bedenken entgegen. Die Ausgabedrosselungen bei den Sachressorts dürften auch nicht immer aufrecht zu erhalten sein. Es ist zweifellos mit steigenden Ausgaben zu rechnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einem Abbruch der Verhandlungen die Befähigungsmächte auf eine Fortsetzung der Gewaltpolitik zur Ausprägung der deutschen Wirtschaft verzichten würden. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes kann die Micumverträge nicht mehr tragen. Infolgedessen wird die Regierung eingreifen müssen, und wenn die Mittel dazu nicht vorhanden sein sollten, so wird ein völliger wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch eintreten.

menbruch im Ruhrgebiet drohen, und damit die größte Gefahr für ganz Deutschland herausziehen. Unserer Wirtschaft fehlen, wie allgemein bekannt, die Kredite. Bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen würde die Kreditnot unvermeidlich stetig steigen. Die Kreditpolitik der Reichsbank würde erheblich eingeschränkt werden. Auch das Vertrauen zur Rentenmark würde leiden, und die Reichsbank würde ihr Hauptaugenmerk darauf richten müssen, den Kurs der Rentenmark zu halten. Der Plan zur Umgründung der Rentenbank, die Hunderte von Millionen kurzfristiger landwirtschaftlicher Kredite in langfristige zu verwandeln, würde gegenstandslos. Die zahlreichen in Deutschland laufenden kurzfristigen ausländischen Kredite würden entweder nicht oder nicht zu den gleichen Bedingungen verlängert werden. Die Verschärfung der Kreditnot bedeutet weitere Arbeitslosigkeit. Schließlich muß nun der Zeitpunkt kommen, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden ihre einfachsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Ich brauche nicht auszumalen, welche politischen Folgen das haben würde. Der Ausweg aus der Kreditnot durch eine neue Inflation ist durchaus unmöglich. Wir können nicht zum zweiten Male in Deutschland künstliches Geld machen.

Die Folgerung aus dem von mir Entwickelten liegt für mich auf der Hand. Trotz aller Bedenken zwingt uns der Gesamtzustand unserer Wirtschaft zur Annahme der Londoner Abmachungen. Von diesen Erwägungen ist die deutsche Delegation in London und ist die deutsche Gesamtregierung geleitet worden. Durch das Londoner Abkommen hören Rhein und Ruhr auf, Reparationsprovinzen zu sein. Die Last ist gewiß groß, aber es ist auch sicher, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen unserer Wirtschaft Erleichterung verschafft werden kann, nach der sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpassung unseres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahntarife. Die 800-Millionen-Anleihe wird der Schrittmacher für weitere langfristige ausländische Kredite zu tragbaren Bedingungen sein. Die Unterzeichnung der Anleihe kommt mir nur nicht aus London mitbringen. Aber die Feststellung ist erreicht, daß beim Nichtzustandekommen der Anleihe für Deutschland keine Verpflichtung zur Ausführung der Londoner Abmachungen besteht. Außerdem haben die alliierten Regierungen von sich aus den Wunsch verkündet, daß der Anleiheplan zur Wirklichkeit wird, und auch die erforderlichen praktischen Schritte getan, womit sie eine politische Verantwortung für das Zustandekommen der Anleihe mit übernommen haben. Nach allem erscheint mir der Weg der Zustimmung unabweislich. Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es zäh arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird.

Abgesehen von einig enZwischenrufen konnte der Reichsfinanzminister in Ruhe sprechen. Zum Schluß spendeten ihm die Mittelparteien lebhaften Beifall. Hierauf erhielt der

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er wandte sich gegen die äußerste Rechte und wies darauf hin, daß gerade von jener Seite immer behauptet worden sei, die Franzosen dächten gar nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen. Herriot, der sich verpflichtet hatte, über die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, habe dieses schließlich doch mit Zustimmung seines Ministerrates getan. Der Verkauf der Londoner Verhandlungen bewies aber, daß Deutschland nicht einfach die Ruhräumung erreichen konnte, wenn es sie verlangte. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Auser: Vorher haben Sie anders gesprochen!) Ich habe im Auswärtigen Ausschuss schon vorher gesagt, daß die sofortige Räumung kaum zu erreichen sein werde. Wir würden darauf dringen, daß sie in einer Frist erfolgt, die nicht nach Jahren, sondern nach Monaten zählt.

Der Minister schilderte dann, oft von nationalsozialistischen Zwischenrufen unterbrochen, den Verlauf der Verhandlungen über die Ruhräumung. Im Vergleich zu dem ursprünglichen französischen Standpunkt in der Räumungsfrage haben die Londoner Verhandlungen doch sehr wesentliche Vorteile für Deutschland gebracht. Es war für Deutschland sicher besser, in bezug auf den Endtermin der militärischen Räumung etwas

nachzugeben, statt für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen die Triumphe vorher aus der Hand zu geben. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Es ist in London auch erreicht worden, daß die Frist für die Räumung 6—8 Wochen früher läuft als die übrigen Fristen. (Zuruf eines Kommunisten: Das ist ja fabelhaft!) Das ist nicht fabelhaft. Aber das wird von denjenigen im besetzten Gebiet gewürdigt werden, für die 6 bis 8 Wochen eine Rolle spielen. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Die deutsche Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, auf eine Beschleunigung der Räumung hinzuwirken. Es ist ein unbefreitbarer Erfolg, daß ein ganz bestimmter äußerster Endtermin für die Besetzung erreicht worden ist. Von den Leuten, die das erreicht haben, sollte man nicht mit den Worten der „Pommerschen Tagespost“ sagen: „Los von den Landesverrätern!“ Die Machtbefugnisse der Reparationskommission, unter denen Deutschland sehr schwer gelitten hat, sind seit London durchaus verändert. Frankreich hat dort nicht mehr die entscheidende Mehrheit. Die Zuziehung des Amerikaners ist für uns auch von Bedeutung, weil der Gläubigerstaat Amerika auch ein wirtschaftliches Interesse hat an dem Wohlergehen seines Schuldners Deutschland. (Zustimmung.)

In der Sanktionsfrage sind wesentliche Erleichterungen erlangt worden. Ein großer Fortschritt ist die Einsetzung des Schiedsgerichtes für alle diese Fragen. Das ist doch ein ganz anderer Geist als der Geist des Diktates. Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer Vertrauenskrise des Kredits. Deutschlands Wirtschaftsinstrument ist zum Glück durchaus intakt. Aber es laufen jetzt in der Wirtschaft 1,5 Goldmilliarde als kurzfristige Kredite, die durchaus von der Verwirklichung des Gutachtens abhängen. Die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die politisch meist weit rechts stehen, haben sich für das Darweseutachten ausgesprochen, nicht aus Gefühlsgründen, sondern weil der Verstand es ihnen gebot. Das Ruhrgebiet hört damit auf, das Reparationsgebiet zu sein. (Rufe rechts: Ganz Deutschland wird Reparationsprovinz.) Ja, und das soll es sein. Deutschland hat die Pflicht für die Reparationen zu haften. Es darf sie nicht der Bevölkerung des besetzten Gebietes allein überlassen. Mit Zustimmung der Rechten wollte schon das Kabinett Cuno aus der Spezialschuld des Ruhrgebietes eine Generalschuld des Deutschen Reiches machen. Zum Segen des besetzten Gebietes haben wir das jetzt erreicht. (Lebhafte Beifall.) Von Versailles bis London war ein weiter Weg der Demütigungen. Es soll der Anfang einer Entwicklung sein, deren Ziel der Beginn einer Ära des Vertrauens der Völker ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Rufen auf der äußersten Rechten und Linken.)

Präsident Wallraf stellt fest, daß damit der erste Punkt der Tagesordnung erledigt ist. Abgeordneter Raß (Komm.) versucht inzwischen, ohne das Wort erhalten zu haben, die sofortige Besprechung der Regierungserklärung zu beantragen. Der Präsident verweigert ihm jedoch das Wort zur Geschäftsordnung. Dieser Antrag liegt daher formell nicht vor. Es folgt die Beratung des Einspruches des Abg. Dr. Schwarz (Komm.) gegen seine Ausschließung.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt namens der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Wirtschaftsbereinigten, daß diese Parteien sich darin einig seien, jede Maßnahme des Präsidenten zu unterstützen, die er zur Wahrung des Hausrechtes ergreift. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Abgg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.) und Leicht (Wayer. Volksp.) schließen sich dieser Erklärung an.

Präsident Wallraf erklärt, er sehe nun, daß er das Haus hinter sich habe, und werde nach den hier ausgeführten Grundregeln verfahren.

Der Einspruch des Abg. Schwarz (Komm.) wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. (Lärm bei den Kommunisten.) Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung werden Anträge der Deutschnationalen auf Besprechung der Zollvorlage und der Personalabbauverordnung, der Kommunisten auf Besprechung ihres Sozialisierungsantrages, Anträge der Nationalsozialisten auf Freilassung der inhaftierten Abgeordneten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr: Erste und zweite Lesung der Etichungsgefesse.

bespannt mit zwei sehr schönen, dunklen Pferden, von Wien kommend, auf der breiten Landstraße gemächlich dahin. Trotz des kühlen und nebelhaften Wetters hatte man das Verdeck des Gefährtes halb zurückgeschlagen. Eingehüllt in einen prachtvollen hellen Pelz, sah ein junges Mädchen zwischen gestickten Polstern und Kissen neben einem behäbigen älteren Herrn, welcher gleichfalls in einem dicken Pelzrock steckte und eine große runde Mütze bis über die Ohren und tief in die Stirne herangezogen hatte. Der Herr lehnte sich fest in seiner Ecke zurück, schloß die Augen, und schien schon seit einer geraumen Weile ziemlich tief zu schlafen, wenigstens fuhr er bei einem unverhofften Stoß des Fuhrwerks nun wie erschreckend zusammen, sank aber sofort wieder in seine frühere Stellung zurück. Seine tiefen, regelmäßigen Atemzüge waren der einzige Laut, der außer dem Rollen der Räder und ein paar Nachtlauten an das Ohr des jungen Mädchens drang.

Dieses selbst sah zusammengelauret in seiner Ecke und schien nichts von irgendeiner Müdigkeit zu spüren, denn die großen, lichten, glänzenden Augen sahen unverwandt in das Dunkel, welches sich ringsum breitete. Wenn der Strahl der Wagenlaterne auf das volle, hübsche Gesichtchen fiel, sah es aus, als habe sich eine weiße Blüte in der Finsternis. Das Mädchen hatte das feine, weiße Seidentuch, welches ihren Kopf umhüllte, sollte, herabgelassen lassen. Startgelodetes, sehr elegant und modern frisirtes blondes Haar schimmerte auf. Ueber der Stirn lag ein schwarzes Samtband, in den kleinen Ohren blitzten ein Paar Diamanten. Jedenfalls war das junge Mädchen in einer Gesellschaft gewesen.

Als sie sich jetzt ein wenig von ihrem Platz erhob, fiel der Pelz auseinander und ein lichtiges Kleid glänzte auf.

Das Mädchen neigte sich ein wenig vor und berührte mit einer unbefangenen Hand leicht den Rücken des Kutschers. Der wendete sein braunes, wie aus Holz geschnitztes aussehendes Gesicht sofort ihr zu.

„Na — was gibst denn, Fräulein Greterl?“ fragte er, sehr leise sprechend, wohl aus Rücksicht auf den schlafenden Herrn — „ist Ihnen vielleicht kalt? So mach ich den Wagen halt ganz zu!“

„Nein, nein,“ entgegnete das Mädchen hastig, „kalt ist mir gar nicht! Aber, Josef, ich — ich fürcht mich auf einmal so! Ich weiß selber nicht, warum! Vielleicht weil wir in die Nähe des Jagdhauses kommen. Ich — ich möcht viel lieber abbiegen

Das Echo der Reden.

Die „Pommersche Tagespost“, das führende Organ der Deutschnationalen Pommerns, schreibt u. a.:

Heute haben die im Schloß, Raß und Ostheim gültig zugelassen, daß Marx, Stresemann und Luther im Reichstag ihre Berichte über London erstatteten. Nachdem es geschehen, muß man sich fragen, was niederziehender und trauriger wirken mußte: eine Wiederholung der gestrigen Hanswurstaube oder diese Erklärungen deutscher Minister.

Ausdrücklich und förmlich spielt sich Stresemann als Anwalt seines siegreichen Verhandlungsgegners Herriot auf. Mit eigens dazu verstärktem Pathos attestiert er dem Ministerpräsidenten der Franzosen den guten Willen. Was schreiben also wir Deutschen? — Mit besonderer Betonung auf Leugner der Reichskanzler Marx die Tatsache des neuen Ultimatus der Feinde, des neuen Diktats. Aus freiem Willen demnach wünschen wir die Knechtschaft! — Reichsfinanzminister Luther hatte gar den Mut, von London den Anfang des deutschen Wiederaufstieges zu erwarten (!). Haben also die Franzosen nicht ein Recht, nach einigen Jahren noch mehr zu fordern?

Die Reden, die nicht nur wir, sondern auch das Ausland im Deutschen Reichstag gehört haben, waren einzig und allein dirigiert von der innerpolitischen Absicht der Einschüchterung und Beeinflussung. Nicht ein einziger der betreffenden Minister, die das in einem außenpolitischen Kampfe um Sein oder Nichtsein stehende Volk vertreten haben, hatte es für nötig erachtet, auch nur die geringste außenpolitische Rücksicht zu nehmen. Der Grundton, der in sämtlichen Reden widerklang, war — zum Teil wortgetreu — der: was Herriot tat, ist verständlich, was MacDonald tat, ist gut; was in London geschah, ist möglich; — nur was die nationale deutsche Opposition tat, ist nicht verständlich, ist nicht gut, ist verderblich.

Die „Neue Zeitung“, das Organ der Deutschsozialen (Kunze)-Partei schreibt unter der Ueberschrift „Als Kanzler unmöglich“:

Heute am Sonnabend sprach der Kanzler des deutschen Reiches. Er sprach in der schlimmsten Stunde, die seit Jahren das deutsche Volk heimgesucht hat. Er sprach in der Stunde, wo es sich entscheiden sollte, ob wir freie Deutsche oder Sklaven sein werden. Und der Kanzler des deutschen Volkes entschied sich für die Sklaverei. Wie klein war dieser Mann in der großen Stunde! Wie klein war er zu dem Manne, der an derselben Stelle einst die Worte prägte: „Wir Deutsche fürchten Gott — sonst nichts auf der Welt!“

Dieser Kanzler, vom parlamentarischen System hervorgebracht und von parlamentarischer Partei abhängig, versuchte, das Ungeheuerliche, den furchtbaren Verrat von London als einen Fortschritt gegenüber unserer gegenwärtigen Lage hinzustellen. Dieser Kanzler hat den Mut, dem deutschen Volke zu erklären, daß die deutschen Abgesandten in London ohne jeden Druck unserer Feinde ihre Unterschrift gegeben hätten. Wahrlich, Herr Kanzler, Sie sind kein Diplomat, wie Sie einst selbst sagten; denn Sie haben in diesem Augenblicke zu Ihren früheren Fehlern den größten hinzugefügt. Sie haben für die Folgezeit festgelegt, daß das deutsche Volk aus Böswilligkeit handelt, wenn diese eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt werden. Das mußten Sie wissen, Herr Reichskanzler; denn Sie selbst haben erklärt, daß diese Verpflichtungen noch über die Forderungen des Versailler Friedensvertrages hinausgehen. Daß ein solcher Kanzler es heute noch mag, von dem guten Willen unserer Feinde zu sprechen, daß ein solcher Kanzler es als einen Fortschritt begrüßt, daß sich Amerika herabließ, an dieser Konferenz teilzunehmen (um nämlich gegen Deutschland zu arbeiten), ist nach dem Vorhergegangenen allerdings nicht mehr verwunderlich. Seit Jahrzehnten hat der deutsche Reichstag eine so tiefe Erniedrigung nicht erlebt wie in dieser Stunde. Kein Wort von Selbstvertrauen, kein Wort der Anklage gegen die Verleumder der ganzen Welt, die noch immer Deutschlands erlogene Schuld am Kriege zur Grundlage aller Bedrückungen macht. Es war natürlich, daß die Worte des Kanzlers stürmische Entrüstung bei den Deutschvölkischen und Deutschsozialen hervorbrachten. Auch von der äußersten Rechten ertönte Widerspruch; selbst die äußerste Linke erhob immer wieder Protestrufe gegen die vom Reichskanzler

und auf der unteren Straße weiterfahren! —

„Ja aber ein starker Umweg!“ wandte Josef ein — „und, schauts, Fräulein Greterl, was soll uns denn da passieren? Sie meinen halt, weil der Herr Irwein,“ er machte mit der Linken eine bezeichnende Handbewegung, „ach Gott, so was geschieht einmal und net gleich wieder, Gott sei Dan!“ Und schließlich hat ihn ja auch kein Fremder umbraut, sondern eine eigene Richtige.“

„Neben Sie doch den Unsinn nicht nach!“ rief Grete Hermer sehr ungeduldig. „Ich kenn doch die Hedwig auch! Und die schießt keinen Menschen nieder, da drauf kann ich einen Eid ablegen. Es war schon bestimmt gemacht da, Josef! Und aufgeklärt ist die ganze, schreckliche Geschichte ja absolut nicht. Die Gegend kommt mir jetzt so unheimlich vor. Ich bitt Sie, Josef, jahren Sie die untere Straße!“

„Also da hinten beim Felsenkeller herum?“ sagte Josef Braunhuber, der langjährige Diener und Rutscher der Familie Hermer, „na, meinnetwegen, Fräulein Greterl. Ich tu ja alles, was Sie mögen, das wissen Sie schon! Aber geheuer ist beim Felsenkeller und beim Häusler der alten Kathrin grad auch net! Dort mag schon in gewöhnlichen Zeiten kein Christenmensch gern vorüberkommen!“

„Josef!“ sagte das schöne Mädchen nur. Es sollte belächelnd klingen, aber die glänzenden Augen blickten den Alten so bettelnd an, daß er, die Achseln zuckend, sich neuerlich seinen Pferden zuwandte. Er lugte scharf über sie hinweg nach vorne. Da drunten, wo die mächtige Buche wie ein vorgeschobener Posten am Rande des Waldweges stand, da bog die Straße schon ab, die in einem weiten Bogen gleichfalls nach dem schönen Anwesen der Hermers führte.

Der alte Josef dachte sich sein Teil. Er war nur ein ganz einfacher Mensch, aber er hat die große Klugheit der Leute, welche — mit offenen Sinnen begabt — ihr Leben lang drauhen in der freien Natur verbringen. Und er schmunzelte ein wenig, wenn er jetzt Grete Hermers Behauptung überdachte, daß sie sich fürchte. Da hätte er die Grete nicht schon seit achtzehn Jahren kennen müssen, wenn er das hätte glauben sollen. Aber die untere Fahrstraße führte zwar zuerst über den Felsenkeller, daß heißt unweit desselben, und dann am Häusler der alten Heze, der Kathrin. Aber eine Weile später kam man knapp am Irweinschen Gutshofe vorüber. Und das wars! Das wollte das Mädel!

Tote, die leben!

Wiener Original-Roman von A. Gottner-Grege.

43. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Hier,“ rief sie, „hier haben sie ihn gefunden damals, den Toten, meinen Mann. Und haben gesagt, ich hätte getan! Hätt ihn hinabgestoßen. Ich! Haben mit den Fingern auf mich gewiesen und haben mich wie eine Mörderin behandelt. Und du weißt es doch, Mond, du weißt es, Birnbaum, du weißt es, Wind und Sterne und Blume und Gras, daß ichs nicht war. Ihr seid mir Zeugen, ihr Stummen, die ihr doch reden könnt in hundert Zungen. Aber niemand versteht euch! Keiner hört auf euch!“

„Ich aber, ich kenne euch! Ich horche auf euch! Tausend Gewalten habt ihr und Kräfte! In den Stunden der Nacht wird lebendig, was schläft bei Tage. Gespenster steigen aus dem Dunkel. Tote wandeln!“

Die Alte war, halb sinnend, halb redend, nun bis dicht an die beiden herangekommen, welche sich noch tiefer hineindrückten ins Buschwerk. Aber die Kathrin hatte keine Ohren. Wie witternd hob sie den Kopf. Krachte da nicht ein Zweig? Krausche nicht ein dürres Blatt? Aber das war nicht Hase noch Reh, nicht Fuchs noch Warden. Was da, ganz nahe von ihr, lebte, das waren Menschen.

Die Wolke war am Monde vorübergesegelt. Es wurde plötzlich lichter.

Lastend schob sich die Alte vorwärts. Ihre dürre Hand griff nach etwas.

Da mußte es Hugo Mahr: Run galt!

Er sagte nach Juttas Hand und, ohne eine Silbe zu sprechen, sprang er gegen die Alte an. Mit einem gellenden Aufschrei stürzte sie rücklings gegen den kleinen Abhang. An ihr vorüber jagten zwei dunkle Gestalten. Eine Minute später raste ein kleines, dunkles Auto ohne Licht auf der Landstraße dahin, welche gegen Wien führte. Der Wind umsang es, hinter ihnen her schrien Krauz und Waldvogel; alles Getier entwich vor ihnen. Sie aber jagten dahin, als seien sie selbst Gespenster dieser finsternen Nacht.

12. Kapitel.

Grete Hermer.

In derselben Nacht fuhr ein vornehm aussehender Wagen,

entgehehene Verfassung des ganzen Volkes. Nur aus der Mitte, aus den Reihen der Regierungsparteien, wagten sich schüchterne Einwände hervor. Als der Kanzler seinen Grabesang beendet hatte, ertönten stürmische Pfuirufe, die seine Auftraggeber in den Regierungsparteien nicht zu übertönen vermochten.

Die Krisis besteht fort.

Berlin, 23. August. Im Reichstag verläutet immer bestimmter, daß die Reichsregierung die Absicht hat, die Endunterzeichnung des Londoner Abkommens auf jeden Fall am 30. August vorzunehmen. Ergibt sich im Reichstag die notwendige Mehrheit nicht, so will sie sich auf den Artikel 45 der Reichsverfassung stützen, welcher bestimmt, daß Verträge mit ausländischen Mächten vom Reichspräsidenten geschlossen werden. Bei der Vieldeutigkeit auch der hier in Betracht kommenden Bestimmung der Reichsverfassung läßt sich in der Tat eine Auslegung finden, die eine Unterschrift jedenfalls ermöglicht, die vom Reichstag erst später, also nach einer Neuwahl, gebilligt zu werden braucht. Von anderer Seite wird auf das lebhafteste bestritten, daß es wirklich zu einer Auflösung und zur Neuwahl kommen wird. Ganz Unentwegte kündigen nach wie vor einen Umsturz der Deutschnationalen an. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute sofort nach der Reichstagsöffnung eine kurze Beratung abgehalten, der sich sodann eine Aussprache mit Abgesandten der besetzten Gebiete anschloß. Beschlüsse wurden hierbei nicht gefaßt. Der ausgearbeitete Bericht geht auf die Verdächtigungen der Linksparteien mit keinem Worte ein. Graf Westarp aber, sowie einige Vertreter der besetzten Gebiete selbst teilten in einer am Nachmittag stattgehabten Versammlung der vaterländischen Verbände mit, daß diese Abgesandten von ihren heimischen Wählern den Auftrag hatten, die Fraktion zum unbedingten Festbleiben zu ermahnen. Graf Westarp wiederholte seine Versicherung, daß eine Annahme der Londoner Gesetze in keinem Falle in Frage kommen könne. Damit fallen alle Kombinationen, Unterstellungen und Hoffnungen der Erfüllungsparteien auf einen Umsturz der Deutschnationalen endgültig zusammen.

Der Reichswirtschaftsrat nimmt an.

Berlin, 23. August. In der Nachmittagsitzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde heute eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der wirtschafts- und finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stellt einmütig fest, daß die wesentlichen Voraussetzungen, die von den internationalen Sachverständigen zum Dawes-Gutachten als unerlässlich für die Durchführbarkeit ihrer Vorschläge bezeichnet worden sind, im Londoner Abkommen unerfüllt geblieben sind. Die Ausschüsse zweifeln noch wie vor ernsthaft, daß die dem deutschen Volke auferlegten Lasten von der geschwächten deutschen Volkswirtschaft getragen werden können. Trotzdem halten die beiden Ausschüsse angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage, namentlich im Hinblick auf die Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet und mit Rücksicht auf die aus einer Ablehnung des Londoner Abkommens sich ergebenden schweren Folgen eine Ablehnung nicht für möglich und stimmen der Annahme in der bestimmten Erwartung zu, daß das Komitee bei der Ausführung der einzelnen Bestimmungen die Objektivität wahren wird, die dem ersten Grundsatze des Dawes-Gutachtens, der Anpassung der Leistungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, Rechnung trägt.

Neuwahl oder Volksentscheid.

Berlin, 23. August. „Der Tag“ berichtet über die innere Lage: Die Verzögerung der Erklärung der drei Führer der deutschen Delegation, in der gestrigen Plenarsitzung des Reichstages hat dazu geführt, daß die Fraktionen ihre Beratungen nicht fortsetzen konnten. Wahrscheinlich wird nunmehr auch der Sonntag für die Beratungen in Angriff genommen werden müssen. In den Entscheidungen der Fraktionen hat sich tatsächlich nichts geändert. Die Stimmung ist noch auf das Offene eingestellt. Sie ist mehr für Neuwahlen, weil das Verfahren eines Volksentscheides noch länger dauert. Die Neuwahlen würden aber auch eine Pause von 6 Wochen schaffen und die Pause würde die Regierung zwingen, eine Verlängerung der in London vereinbarten Fristen bei den alliierten Mächten nachzusuchen. Man scheint sich in maßgebenden Kreisen schon mit dieser Frage zu beschäftigen, ob die notwendigen diplomatischen Schritte nicht schon vor der Entscheidung des Reichstages eingeleitet werden sollen. Daraus würde natürlich die Entscheidung des Reichstages von vornherein an Gewicht verlieren.

Aus der Pariser Kammer.

Kritik am Londoner Abkommen.

In der französischen Kammer wurde die Aussprache über das Ergebnis der Londoner Konferenz in einer Nachmittags- und einer Nachtsitzung fortgesetzt. Besonders bemerkenswert war eine Rede des sozialistischen Abg. Blum, der mit dem Votumrechnung hielt. Blum begann seine mehrstündige Rede mit der Erklärung, daß seine Partei die Londoner Verträge durchaus billige und lämpft hin, daß die Sozialisten stets die Ruhrpolitik beifolgt haben und bewies, daß die Londoner Konferenz, wenn sie diese Frage auch noch nicht habe lequidieren können, doch die Ruhrbesetzung wenigstens endgültig verdammt habe. Blum über, daß die Bankiers auf ihr eine so überraschende Rolle gespielt haben. Insbesondere meinte er, rühre das nur von der europäischen Ruhrpolitik her. Die Ruhrbesetzung habe ganz und Verdächtigungen hervorgerufen. Herriot und seine Kollegen seien nach London gegangen, um die Hindernisse aus dem Wege zu schaffen, die Poincare und seine Majorität angehäuft hätten. Blum zerpflichtete die Politik Poincares, die selbst seine besten Freunde heurnubigt hätte. Unter lebhaftem Beifall der Mehrheit des Hauses schloß Blum mit den Worten: „Der Dawesplan ist die formellste Absentierung der Politik Poincares, und gerade das Ruhr- abenteuer hat schließlich die Annahme des Planes herbeige-

führt. Mit besonderem Nachdruck und unter lebhafter Bewegung des Hauses sagte Briand dann:

„Jedesmal, wenn Frankreich sich allein fand, war es einer Katastrophe ausgesetzt. Die Gefahr kam nur von einer Isolierung kommen. Die Zuflucht zur Gewalt angesichts eines widerspenstigen Schuldners führt schon an und für sich zu einer Reihe von Operationen. Dann trat der Augenblick ein, in dem man die Gewalt allein anwenden wollte. Man begegnete aber unerwartetem Widerstande, und die Situation verschärfte sich immer mehr. Wenn die Isolierung Frankreichs gedauert hätte, so hätte sie uns zum Kriege führen können. Ich beglückwünsche mich dazu, daß wir aus dieser geradezu beängstigenden Situation herausgekommen sind. Lassen Sie doch den Geist kleinlicher Schikane. Goldmark oder Papiermark, was tut das, wenn das Leben von Hunderttausenden von Menschen auf dem Spiele stehen würde.“

Zum Schluß der Nachtsitzung ergriff Ministerpräsident Herriot noch einmal das Wort. Er behandelte zunächst noch einmal das „Sicherheitsproblem“, erklärte aber gleichzeitig, daß man deshalb nicht eine ganze Nation unterdrücken dürfe. Ferner betonte er mit großem Nachdruck:

„Ein siegreiches Volk muß einem Besiegten gegenüber eine Politik befolgen, die seinen Drang nach Frieden fördern, wie auch seine kriegerischen Gelüste bekämpft. Napoleon mußte es erleben, weil er diese Wahrheit verlor, daß Deutschland sich gegen ihn aufrichtete, das selbe Deutschland, das er besiegt glaubte, weil er es lediglich unterdrückt hatte. Wenn er in den Ebenen der Champagne deutsche Legionen bekämpfen mußte, so geschah es durch seine eigene Schuld. Dahin kommt man, wenn man einem Volk sein Daseinsrecht abschpricht.“

Herriot schloß mit den Worten: „Wir werden Deutschland überleben, aber wenn das alte kriegerische Deutschland zugrunde gehen muß, so wollen wir Republikaner, daß das neue Deutschland sich aufrichten kann.“

Stadt. Kreis. Provinz.

Der Arbeitsmarkt zeigte das gleiche unklare Bild der Vorwoche. Die gute Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Erntehilfskräfte führte zwar zu einem weiteren Rückgang der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um abermals rund 450 Personen, doch blieb die Lage im allgemeinen überwiegend schlecht.

Die Septembermiete. Wie das Berliner Zentralwohnungsamt mitteilt, beträgt auf Grund einer Anordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt die gesetzliche Miete für den Monat September wie im Vormonat 62 Prozent der Friedensmiete.

Zugverkehr Stolp-Stolpmünde. Von Montag, den 25. August ab, fährt Zug 936 von Stolpmünde bis Stolp die folgt: Stolpmünde ab 6,50 vorm., Arnshagen an, 7,02, ab 7,03, Strelitz an 7,10, ab 7,11, Stolp an 7,23 Uhr vorm.

Von der Post. Die Ortschaften Schmaatz (Dorf, Abbauten, Mühle, Holländerie, Kolonie, Bahnhof) Pringenhof (Gut) und die Bahnhüterhäuser 162, 163 und 164 werden am 1. September aus dem Landzustellbezirk der Postagentur Granzin (Kr. Stolp) in den des Postamts Stolp zurückverlegt. Die Ortschaft Wedel (Dorf, Mühle, Abbauten, Krug) wird am 1. September aus dem Landzustellbezirk der Postagentur Karzin (Kr. Stolp) in den der Postagentur Granzin (Kr. Stolp) verlegt.

Falsche 3-Markstücke sind in Stettin angehalten worden. Die Falschstücke tragen die Jahreszahl 1924. Ihre besonderen Merkmale sind eine verhältnismäßig gut ausgeführte Vorderseite, jedoch schlechte Ausführung des Prägedrucks, der schwer zu entziffern ist. Weiter weisen die Falschstücke ein erhebliches Mindergewicht auf. Da die Möglichkeit besteht, daß die Falschstücke auch in Stolp verbreitet werden, sei warnend darauf hingewiesen.

Diebstähle. Gestohlen wurden am Sonnabend aus einer Ausspannung ein gut erhaltenes Zielengeschirr mit Ketten an den Strangseiden, und auf dem Wochenmarkte im Gedrange einer Dame eine schwarze Ladedertasche, enthaltend mehrere Rentenmarkscheine, ein silbernes 3-Markstück, eine silberne Halskette und ein Medaillon mit dem Wilsnis des Chemanes der Bestohlenen, sowie einen Rentenausweis Nr. 5077 B.

Betrug. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen erschwindelte sich ein taubstummer Schneider Geldebeträge von 35 und 23 Mark, sowie einen schwarzen Frack, um dann das Weite zu suchen.

Stolper Haus- und Grundbesitzer-Verein. Die am 20. August im Festsaal des Gymnasiums tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Stolper Haus- und Grundbesitzer-Vereins war gut besucht. Der 1. Vorsitzende Pfeiffer leitete die Versammlung und brachte zu Punkt 1 der Tagesordnung die Anträge Kramp und Genossen zur Verlesung. Die Antragsteller erklärten jedoch, daß sie die gestellten Anträge im Einvernehmen mit dem Hauptbeteiligten mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzögen, wodurch diese Angelegenheit verhältnismäßig schnell zur Erledigung kam. Der Ehrenvorsitzende des Vereins, Stadtrat F. C. Reinke, stellte darauf unter allseitiger Zustimmung fest, daß damit der Friede und die alte Einmütigkeit im Stolper Haus- und Grundbesitzer-Verein wieder hergestellt sei. — Ueber den am 16. und 17. August in Köslin stattgefundenen Bezirksverbandstag berichtete darauf der 1. Vorsitzende Pfeiffer. Er sprach u. a. über die unbedingt notwendige, neuerdings auch von den Wohnungsuchenden, Gewerkschaften und Erwerbslosen geforderte Freigabe der Wohnungszwangswirtschaft, die in der jetzt bestehenden Form unter keinen Umständen weiter aufrecht erhalten werden könne. Mit einer neu erstehenden Rentabilität der Häuser würde nicht nur der Handwerker und Gewerbetreibende Verdienstmöglichkeit, sondern auch vor allen Dingen eine große Anzahl von Erwerbslosen wieder Beschäftigung finden. Bei der später erfolgten Aussprache wurden im Zusammenhang mit diesen Ausführungen einige recht krasse Fälle angeführt. Die in der Hauptsache von Mietern verschiedentlich aufgestellte Behauptung, daß sich die Hausbesitzer bei den jetzt gültigen Mietsätzen von 58 bzw. 62 Prozent der Friedensmiete sehr gut ständen, widerlegte der Vorsitzende mit dem Hinweis, daß über 40 Prozent, in einzelnen Fällen sogar bis zu 50 Prozent der Friedensmiete für Steuern und Abgaben, die vor dem Kriege nicht bestanden, zu zahlen wären. Die insbesondere bei Altmohnhäusern so dringend notwendigen Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten können nach wie vor nicht ausgeführt werden. Ueber die 3. Pt. bestehende Schornsteinfegerordnung berichtete der Geschäftsführer Hoffmann, worauf aus der Versammlung heraus allgemein darüber Beschwerde geführt wurde, daß die Schornsteinfeger seit einiger Zeit auch die Brajendrohre seggen und hierfür einen entsprechenden Betrag mit auf

Rechnung setzen. Nach Erörterung einiger weiterer Anfragen wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Pogonitz. Schöne Girlanden schmückten unseren Ort aus Anlaß der gestrigen Veranstaltung des Jungsturms Pogonitz-Sochow, zu der auch Stolper Jungstürmer erschienen waren. Leider mußte das Geländespiel, sowie die sportlichen Wettkämpfe infolge des anhaltenden Regens ausfallen. Das Preis-schießen fand jedoch trotz des Regens statt und ergab recht gute Erfolge. Ein Vorbeimarsch und ein Ständchen der Stolper Jungsturmkapelle vor dem Gönner des Jungsturms, Herrn Rittmeister von Ried-Gegebert, Pogonitz beschlossen den Vormittag. Nachmittags hielt ein Konzert der Jungsturmkapelle Gäste und Jungstürmer kameradschaftlich beisammen.

Letzte Meldungen.

Die Vaterländischen Verbände fordern Neuwahlen.

Berlin, 24. August. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands fordern von den nationalen Parteien die Ablehnung des Londoner Votums. Ferner fordern sie Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, sowie die endliche Wahl des Reichspräsidenten, um Raum für eine starke nationale Regierung, sowie die Möglichkeit anderer Abmachungen zu schaffen, die geeignet sind, einen wahrhaften Frieden in der Welt herzustellen.

Der Erzbergmörder Schulz erkannt.

Budapest, 24. August. Die kürzlich nach Budapest ent-fendten deutschen Kriminalbeamten wurden dem verhafteten Heinrich Förster gegenübergestellt und erkannten in ihm den gesuchten Schulz. Trotzdem einer der Beamten Schulz persönlich kennt, leugnet der Verhaftete die Identität. Wie verlautet, soll der Reichsdeutsche, der sich den Namen Meier beigelegt hat, und mit dem Mörder Tillesen identisch sein soll, ge-flüchtet sein.

Handelsnachrichten.

Stettiner Getreidenotierung vom 23. August. Jul. Roggen (neuer) 153, fest; inf. Weizen 205, ruhig; Hafer 157, ruhig; Wintergerste (neue) 183, ruhig; Sommergerste 195—205, ruhig; nur feinste Qualitäten gefragt und über Notiz bezahlt. Vitorien 15, Rotherbsen 11, Futtererbsen 8, Rapstuchen, fremder 6,65, hiesiger 7,50, Roggentleie (inkl. Sack) 8,50, Weizenkleie (inkl. Sack) 6,25.

Berliner Butternotierung.

Amliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommision, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers. Berlin, 23. August 1924. 1. Qualität 1,81, 2. Qualität 1,55, abfallend 1,20 Goldmark. Tendenz: ruhig.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 23. August 1924.

Amlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 2991 Stück, darunter 717 Bullen, 1085 Ochsen, 1189 Kühe und Färsen; Kälber 1250 Stück; Schafe 7128 Stück, Schweine 6435 Stück; Ziegen 8 Stück; — Ferkel: 221 Auslandsschweine.

	Preise Goldpfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., 11. Stallmast höchst. Schlachtw. ungel. 12. Weidem. dto. dto. im Alter von 4—7 Jahren	45—47
b) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	40—42
c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	36—38
d) mäßig genährte ältere	32—35
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts	42—44
b) vollfleischige jüngere	37—39
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	33—36
C. Färsen und Kühe	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	43—47
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	39—43
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwidelte jüngere Kühe und Färsen	33—36
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	26—29
e) gering genährte Kühe u. Färsen	20—23
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	32—36
II. Kälber:	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinste Mastkälber	75—78
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	62—70
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	53—60
e) geringe Saugkälber	40—50
III. Schafe:	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	45—52
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	33—42
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	22—30
B. Weidenmastschafe:	
a) Mastlämmer	53—55
b) geringere Lämmer und Schafe	42—45
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240—300 Pfd. Lebendgewicht	—80
c) vollfleischige Schweine 200—240 Pfd. Lebendgewicht	78—79
d) vollfleischige Schweine 160—200 Pfd. Lebendgewicht	74—77
e) vollfleischige Schweine 120—160 Pfd. Lebendgewicht	70—73
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	65—68
g) Sauen	70—75
Ziegen	15—20

Marktverkauf: Bei Rindern ziemlich glatt. Bei Kälbern glatt. Bei Schafen ruhig. Bei Schweinen glatt.

Die gefährliche Isolierung Frankreichs. In der Nachtsitzung kam der frühere Ministerpräsident Briand zu Wort, der gleichfalls die Politik Herriots unter-

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

betreffend die gesetzliche Miete ab 1. September 1924.
Der Preussische Minister
für Volkswohlfahrt.
II 6 Nr. 2538.

Für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den
Monat September d. Js. verbleibt es bei meiner Anord-
nung vom 25. Juni d. Js. — II 6 Nr. 2140 — betref-
fend Regelung der gesetzlichen Miete ab 1. Juli d. Js.
In Vertretung
gez. Scheidt.

Vorstehender Erlass des Herrn Ministers für Volks-
wohlfahrt wird hiermit veröffentlicht.
Stolp, den 23. August 1924
Der Magistrat.

Die richtige Auswahl in starker

Arbeits-Kleidung

die Sie suchen, finden Sie nur in
Lutters Etagegeschäft

Friedrichstraße 6

Erstes christliches Etagegeschäft am Platz.

Ia. Sisal-Bindegarn

500 Mtr. Lauflänge
ab Lager Stolp sofort lieferbar.

Stolper landw. Konsumverein

e. G. m. H.

Maschinenabteilung.

Tel. 140, 141, 161

Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote

in naturreinen Weinen

Weißweine von 0.90 Mk.

Rotweine von 1.40 Mk.

die ganze Flasche aufwärts.

Portwein — Cherry — Burgunder

Todayer — Schaumweine — Spirituosen

In Weinstuben

offene Weine im Ausschank

1/4 Liter Weiß- oder Rotwein 40 Pfg.

Anerkannt erstklassige Küche.

L. J. G. Kleinstraßräder

Modell 1924 0,65/1,5 PS., Bereifung 26x2 Zoll, kräf-
tige Tourenmaschine, ab Lager lieferbar.

Luft-Fahrzeug-Gesellschaft Seddin.

Fesers

Patent-KnieSchutz

Deutsches Reichspatent Nr. 369 690

ist das einzige Mittel zur Verhütung der Kniebeulen
und zur Erhaltung der Biegefalte.

Beretreter für Hinterpommern:

Karl Schwarz & Walter Boelke

Schneidermeister

Telephon 669 Stolp i. Pom., Paradiesstr. 8 Telephon 669

In allen Schneidergeschäften erhältlich.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Georg Ziemann in Stolp. Druck und Verlag F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.

Obstweine

Apfelwein	0,90 Mk.
Stachelbeerwein	0,90 "
Johannisbeerwein	0,90 "
Malzwein	1,20 "
Cyder	1,50 "

einschließlich Steuer und Flasche
empfiehlt in bekannter, bester Qualität

Franz Hackbarth

Weingroßhandlung

Kirchplatz 12 :: Fernsprecher 405.

Beginn der Filzhut-Saison.

Die neuesten Formen sind eingetroffen.

Damen-Hüte

in Filz, Velour, Plüsch werden umgepreßt
und gefärbt

Verarbeitung im eigenen Betriebe.

— Kein Fortschicken. —

Stolper

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Marienstraße.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 Lederlager — Techn. Geschäft Holstentor-
straße 24

Größtes Lager am Platze in

besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele

Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle

Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbelleder

Spezialdünger für alle Gartengewächse ist

Sarnstoff B. A. S. F. 46% Stickstoff

5 kg Blechdose 7.50, 1/2 kg Blechdose 1 Mk.

Carl Schröder, Mittelstr. 43

Metallbetten

Stahlmatrizen, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L frei.

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Widerruf.

Die am Dienstag, den
26. August 1924 angefechtete
Zwangsversteigerung
findet nicht statt.
Stolp, den 25. August 1924.
Hafener,
Berichtsvollzieher.

Heirat!

Hübsche 23jährige Gutsbesitzer-
tochter mit 250.000 Bm. so-
fort, später mehr wünscht sich
mit Herrn auch ohne Vermögen
zu verheiraten durch
Frau Sander,
Berlin C. 25.

Gutes Klee- und Wiesenheu

und gesundes
Roggenlangstroh
kauft dauernd

C. Daber, Pferdehandlg.
Fernspr 230 Grüner Weg 59

Kirschsafft

frischgepreßt, kostet zur Zeit
1 Liter 1,30 Mk.
von 10 Lit. an 1,20 Mk.

Rudolf Heinze,
Präsidentenstr. 36 Tel. 557.

Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum.
Kaufe tief. und eich. Lang-
holz in kleineren u. größeren
Posten; desgl. biete an
Schnittmaterial, Balken, Kant-
holz, Latten (auch nach Liste
geschnitten) sowie Kalk, Zement
und andere Baumaterialien.

Paul Schulz

Baugeschäft und Dampf-
sägerwerk
Amtsstraße 25/26.

Gänsefedern

weiß und daunig zum Selbst-
reihen p. Pfd. 1.75 Mark,
rein weiße Gänsehalsdaune,
tüllfertig p. Pfd. 4.— Mk.,
versendet in reeller Ware
portofrei p. Nachnahme

Pommerische

Beutfederfabrik

Otto Labs

Stettin-Grabow.

Umzüge

von und nach allen Orten,
sowie in der Stadt selbst
aus

Paul Schmidt, Bahn-
speiditeur
Fernruf 67 u 68.

Herrn u. Frauen

jeden Standes bietet sich durch
leichten Verkauf eines prakt.
Wirtsch.-Artikels ein täglicher
Verdienst von Mk. 10.—
Ein Stück Muster gegen Ein-
sendung von Mk. 2.— Bei
Rücksendung Geld zurück.

Wettlenchte Dresden,

Kohlshütter Str. 2.

Große deutsche
Feuerversicherung,
die sämtliche Versicherungs-
zweige betreibt, sucht für Stolp
u. Umgegend sofort tüchtigen

Beretreter

gegen allerhöchste Bezüge, die
bei Fleiß und Energie eine
sichere Existenz gewähren.
Gebl. Bewerbungen unter
J. 405 a. d. Exp. d. Btg. erbet.